

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 752

Mittwoch, 13. April 2022

29. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Guatemala: Ein Tag bei den Blockaden im Valle de Palajunoj.....	1
Proteste der sozialen Bewegungen in verschiedenen Gebieten.....	3
43 guatemaltekeische Migrant*innen und zwei Kinder in Texas festgenommen.....	3
Die vier Beschwerden gegen Richter Castellanos, die Laparra ins Gefängnis brachten.....	4
Brief aus dem Gefängnis Mariscal Zavala.....	5
40 Jahre Haft für Mord an zwei Journalisten.....	6
MLP prangert diskriminierende Behandlung von Fraktionsmitarbeiter*innen an.....	6

Guatemala: Ein Tag bei den Blockaden im Valle de Palajunoj

Quetzaltenango, 9. April - Im Valle de Palajunoj in Quetzaltenango haben Indigene Gemeinden seit dem 1. März den Zugang zur zentralen Mülldeponie in Quetzaltenango blockiert. Sie protestieren gegen einen sog. Raumordnungsplan (POT), also einen Plan der städtischen Entwicklung in der ländlichen Region in und um Quetzaltenango.

"Sie werden uns räumen", schreit eine Frau, "Sie werden uns räumen", wiederholt sie. Etwa 2.000 Personen, in der grossen Mehrheit Indigene, sind an diesem Morgen des 26. März wieder früh aufgestanden. Ab zwei Uhr morgens blockieren sie die zentrale Zufahrtsstrasse im Valle de Panajunoj am Rande von Quetzaltenango, der wichtigsten Metropolregion in Guatemala nach der Hauptstadtregion. Heute, so heisst es, soll ein Grossaufgebot der Nationalen Zivilpolizei (PNC) kommen und die Blockade räumen.

Der Widerstand im Namen der lokalen indigenen Autoritäten blockiert die Zufahrt zur Mülldeponie, auf der ein grosser Teil des Mülls aus dem Stadtgebiet Xelas (so nennen alle die zweitgrösste Stadt Guatemalas) entsorgt wird. Unterstützt werden die lokalen Autoritäten dabei von Anwohner*innen aus dem gesamten Valle de Palajunoj, einer ländlichen Region die sich vom Stadtrand Xelas bis zum Fusse des Vulkans Santa Maria erstreckt. Verwaltungstechnisch gehört sie zum Stadtgebiet Xela. Ein grosser Teil der Anwohner*innen lebt vom Gemüseanbau, viele leben in grosser Armut. Das Motiv für die Proteste, so sagen sie, ist die Ablehnung der "Territorialen Raumordnungsplanung" (Plan de Ordenamiento Territorial, POT); eine Initiative, die laut der Demonstrierenden das Leben der Einwohner*innen bedroht.

Maximiliana Argentina Cotom, Mitglied des Rates indigener Bürgermeister*innen, steht nach wenigen Stunden Schlaf wieder mitten unter den Protestierenden. Die 47-Jährige, gekleidet mit einem weissen Hut und der traditionellen Kleidung der Mayas in dieser Region, ist seit Beginn an den Protesten beteiligt, "für eine gute Zukunft unserer Kinder", sagt sie. Cotom läuft eilig zu einer Gruppe Frauen, die versuchen, die ankommenden Menschenmassen auf der Strasse zu organisieren. Diese Frauen sind das sichtbarste Gesicht des Widerstandes an diesem Samstag.

"Der Bürgermeister [von Quetzaltenango] hat uns sein Gesicht nicht gezeigt. Wir suchen den Dialog, aber er will nicht", sagt sie und erinnert sich an eine von vielen Ablehnungen seitens der offiziellen Politik am internationalen Frauentag.

Den vergangenen 8. März wird sie nicht leicht vergessen: "Der Bürgermeister lud uns zu einem Treffen, dann verschwand er durch die Hintertür und wir haben nichts mehr von ihm gehört."

Juan Fernando López, Bürgermeister von Quetzaltenango, ist seit dem 14. März im Urlaub. Seine Aufgaben hat er der Stadträtin Katia Minera übertragen. "Dass er in dieser Situation in den Urlaub fährt, zeigt seine geringen Fähigkeiten als Bürgermeister", kommentiert Cotom.

Angespannte Lage

Der Morgen ist kalt und neblig. Auch die ersten Sonnenstrahlen vertreiben die Kälte nicht, denn die Region liegt auf

etwa 2.400 Meter Höhe. Cotom sitzt in der ersten Reihe auf der Strasse zwischen anderen Frauen. Sie wollen verhindern, dass die Polizei vorrückt und die Blockade räumen kann. Die Frauen tragen weisse Luftballons als Symbol für friedlichen Protest. Einige tragen auch weisse Fahnen, ein Kontrast zur bunten traditionellen Kleidung der Region. Auch Kinder, die mit ihren Müttern und Grossmüttern zur Blockade gekommen sind, tragen weisse Luftballons. Die Frauen beginnen, die Stadthymne Xelas zu singen: "La Luna de Xelajú". Es soll Gemeinschaftssinn gegen die Drohung der Räumung symbolisieren, einigen Frauen steigen Tränen in die Augen. Das Lied wird häufig bei Protesten in der Region gesungen, aber auch bei Spielen des lokalen Fussballvereins. Xela, so nennt jeder die zweitgrösste Stadt Guatemalas Quetzaltenango, in Anlehnung an den Maya-Namen der Region Xelajú. Auch im Stadtgebiet Xelas leben viele Indigene, aber der Name Xela wird von Indigenen, Ladinos und den Nachkommen spanischer Eroberer gleichermaßen verwendet.

Der Räumungsbefehl, der an diesem 26. März über der Blockade schwebt, wurde zwei Tage zuvor von der Stadtverwaltung beschlossen. Zahlreiche Polizist*innen in Schutzausrüstung sollen dafür sorgen, dass die Fahrzeuge der Müllabfuhr wieder ungehindert passieren können. Aber die menschliche Blockade der Frauen mit ihren Kindern, die zusammen auf der Strasse knien, hindert die Polizei am Vorwärtskommen.

Cotom sitzt weiterhin in der ersten Reihe, mittlerweile abwechselnd betend und "La Luna de Xelajú" singend. In ihren Gebeten bitten sie, dass die Proteste heute nicht blutig enden.

Warum die Proteste?

Ein grosses Banner am Eingang der Gemeinde verkündigt es für alle sichtbar: "Valle de Panajunoy fordert die Suspendierung des POT". Das Druckmittel soll die Blockade der Mülldeponie sein, Krankenwagen, private Fahrzeuge und öffentliche Busse lassen sie passieren. Cotom besteht darauf, dass sie für ein "gutes Leben in der Gemeinde" und "für eine gute Zukunft für unsere Kinder" protestieren. Schätzungen zufolge stapeln sich auf den Strassen Quetzaltenangos 7.000 Tonnen Müll. Mittlerweile ist der Zugang zur Deponie zumindest temporär wieder offen und der Hausmüll wird regelmässig abgeholt.

Was ist das POT?

Laut dem Stadtplaner Mario Sac ist das POT "ein technisches Instrument zur Förderung eines nachhaltigen Wachstums in einem bestimmten Gebiet gemäss seiner sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Merkmale, um eine gute Lebensqualität seiner Bewohner zu erreichen". Das POT wurde vom Stadtrat Quetzaltenango am 2. Juni 2017 beschlossen und ist seit August des gleichen Jahres in Kraft. Cotom fasst die Unzufriedenheit "Dutzender indigener Gemeinden" zusammen: "Wir wurden nie gefragt, ob wir das POT wollen oder nicht. Es handelt sich um eine Entscheidung, bei der die Gemeinden befragt werden müssen; es darf nicht einfach durchgesetzt werden." Nach der Zustimmung zu dem Gesetz und der Kritik daran haben weder der damalige Bürgermeister Luis Grijalva noch sein Stadtrat Julio Limia Nachfragen von Journalisten wie beispielsweise dem Onlineportal "No Ficción" beantwortet. Das POT von Quetzaltenango beinhaltet 160 Artikel. Die lokalen indigenen Autoritäten vom Valle de Panajunoy verlangen eine Überarbeitung jedes Einzelnen und insbesondere jener Artikel, in denen es um Steuerzahlungen geht. "Wir sind Kleinbauern und können die Steuern nicht zahlen, die das POT uns auferlegt", erklärt Cotom.

Das gebrochene Versprechen

Cotom holt ihr Telefon heraus und zeigt eine Aufnahme von Juan Fernando López, dem Bürgermeister, der es bevorzugte, in den Urlaub zu fahren. Die Aufnahme zeigt López bei seinem Wahlkampf im Jahr 2019 vor Hunderten von Einwohner*innen, die gegen das POT protestierten. Damals sagte López folgendes: "Das POT verletzt die Rechte von uns allen. Der Plan verstösst gegen die Verfassung der Republik. Die Verfassung nimmt Schaden und nicht alle Menschen wurden in dem Plan berücksichtigt. Unser Vorschlag ist, das POT in seiner alten Form zu beseitigen, eine Verordnung zu schaffen und einen neuen Plan zu entwickeln, damit das POT von allen Quetzaltecos gemeinsam getragen wird."

López gewann die Bürgermeisterwahl im Juni 2019 für die Partei Humanista. Mit seinen Aussagen im Wahlkampf hatte er sich verpflichtet, das POT zu überarbeiten. In der gleichen Aufnahme sagte López: "Es wird einfacher sein, ein Visum für die USA zu bekommen, als mit diesem POT eine Baugenehmigung in den Gemeinden." Dies zeige, wie schwierig es sei, mit der jetzigen Form des POT weiterzuarbeiten.

Ein Etappensieg

Am Nachmittag ist Cotom nach nunmehr 18 Stunden auf den Beinen sehr müde. Nach Verhandlungen mit der Polizei ist es gelungen, die Räumung abzuwenden. Dafür hat es sich gelohnt, sagt sie lächelnd. Die straffe Organisation hat eine Räumung der PNC verhindert, aber der Müll stapelt sich weiter in Xela. Cotom sitzt auf einem Plastikstuhl. Die Gesichter sind im Dunkeln nur schwer zu erkennen, die Stimmung ist immer noch angespannt und die Polizei bleibt vor Ort.

Mit ihr wurden einige Vereinbarungen getroffen, mit denen nicht alle Demonstrant*innen einverstanden sind. Viele Kinder sind mittlerweile schlafen gegangen. Lorenzo Nimatuj, eine weitere indigene Autorität, hält in der linken Hand den traditionellen Stab von indigenen Führungspersonen. Nimatuj klettert auf eine improvisierte Plattform und wendet sich mit müder Stimme an die Anwesenden: "Die Kinder und Frauen sind müde, wir haben heute nichts gegessen. Die Stadtverwaltung hat wenig Bereitschaft gezeigt, zu verhandeln, und die Polizei kann jeden Moment kommen."

Die indigenen Autoritäten haben drei Vorschläge gemacht: Suspendierung des POT in seiner alten Form, ein POT exklusiv für die ländlichen Gemeinden in Valle de Panajunoy und die Einrichtung eines Runden Tisches, um das POT in den Gemeinden zu diskutieren.

Die Stadtverwaltung machte andere Vorschläge: Erstellung eines partiellen Landnutzungsplanes für das Palajunoj-Tal, der an einem Runden Tisch diskutiert werden soll. Eine Aussetzung des POT lehnt der Rat aber einstimmig ab. Für den kommenden Sonntag lassen die Gemeinden die Müllabfuhr für zwölf Stunden passieren, als Zeichen des guten Willens. Aber der Konflikt dauert an, der Widerstand wird weitergehen. "Und das Problem des POT ist nur eines von vielen, die wir angehen wollen, denn in unseren Gemeinden gibt es zahlreiche Probleme", warnt Cotom. *Gilberto Escobar ist Journalist bei No Ficción. Übersetzung für Amerika21: Thorben Austen.*

Proteste der sozialen Bewegungen in verschiedenen Gebieten

Guatemala, 5. April - Verschiedene Sektoren und Organisationen haben drei Tage lang Proteste in verschiedenen Gebieten angekündigt, um eine unabhängige Generalstaatsanwaltschaft, die Nicht-Wiederwahl der Amtsinhaberin Consuelo Porras und ein Ende der Verfolgung von Staatsanwält*innen, Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen zu fordern. "Wir lehnen die Verschlechterung des Justizsystems ab und fordern Abgeordnete ohne Mafia-Beziehungen", sagten Mitglieder des Komitees für die Einheit der Bauern (CUC) vor der Staatsanwaltschaft in der Departementshauptstadt Huehuetenango. Sie kritisierten auch die Amtsführung von Consuelo Porras und forderten Massnahmen zur Senkung der hohen Lebenshaltungskosten.

Studierende, die ebenfalls an dem friedlichen Marsch teilnahmen, erklärten, dass sie als junge Menschen die Multisektorale Versammlung unterstützen. "Wir sind ein Teil davon, wir können nicht studieren wegen der hohen Kosten für die Fahrpreise", sagten sie. "Wir sind Teil der Mojomaya-Jugendbewegung. Es ist eine Organisation, die mit jungen Menschen zusammenarbeitet, um politische Lobbyarbeit zu leisten und die Rechte junger Menschen bekannt zu machen", erklärten sie.

Der friedliche Marsch erreicht derzeit den Eingang der Gemeindehauptstadt Santa Cruz del Quiché. Die katholische Kirche beteiligt sich an der friedlichen Demonstration dort. Soziale, indigene und bäuerliche Sektoren mobilisieren, um die Wahl einer geeigneten Person für die Leitung der Staatsanwaltschaft zu fordern und dass die Berufungskommission all diejenigen ausschliesst, die der Korruption und Straflosigkeit beschuldigt werden. Die Diözese Quiché weist darauf hin, dass Guatemala in den letzten Jahren von Korruption und Straflosigkeit seitens der Staatsgewalt geprägt war. Sie fordert die Wahl einer Generalstaatsanwaltschaft auf gewissenhafte und transparente Weise. In Quiché gibt es eine starke Polizeipräsenz vor der Kathedrale und dem Gouverneursamt des Departements, was die Demonstrierenden als Einschüchterung empfinden. Ausserdem gibt es eine Patrouille aus Sacatepéquez. Weitere Demonstrationen und Sitzblockaden finden vor dem Sitz des Parlaments in Cobán, vor den Staatsanwaltschaften in Chisec und Tactic, alle in AltaVerapaz, und in San José Poaquil, Chimaltenango statt. (Prensa Comunitaria)

43 guatemaltekische Migrant*innen und zwei Kinder in Texas festgenommen

Texas, 5. April - Insgesamt 45 guatemaltekische Migrant*innen, darunter zwei Kinder, erhalten Unterstützung und Schutz von den Mitarbeiter*innen des guatemaltekischen Konsulats in Del Rio, Texas, USA, nachdem sie am 2. April auf der Interstate 35 in Laredo, Texas, von der Grenzpatrouille abgefangen wurden, als sie versteckt auf der Ladefläche eines Anhängers unterwegs waren.

Das guatemaltekische Aussenministerium teilte in einer Erklärung mit, dass es sich bei der ersten Gruppe um einen 17-jährigen Minderjährigen sowie um elf Frauen und 31 Männer handelt, die mit 92 Personen anderer Nationalitäten unterwegs waren, die in dem Anhänger versteckt waren.

Die US-Behörden haben im Rahmen der COVID-19-Pandemie 40 Staatsangehörige auf der Grundlage von Titel 42 abgedrängt, einer von der Regierung Donald Trump verabschiedeten Regelung, die die sofortige Ausweisung von Migrant*innen ermöglicht, die ohne Dokumente eingereist sind. Es wurde auch berichtet, dass zwei weitere guatemaltekische Erwachsene in der Obhut der US-Behörden belassen wurden, um offene Fragen mit der Justiz zu klären, die vom Konsulat begleitet werden... Der unbegleitete Jugendliche wurde in einer Grenzschutzstation in der Stadt Cotulla, Texas, festgehalten, während er auf die Klärung seines Einwanderungsverfahrens wartet.

Darüber hinaus bieten Konsularbeamte*innen in Südtexas, USA, zwei guatemaltekischen Geschwistern im Alter von zwei und sieben Jahren, die am 2. April von US-Behörden allein an der Grenze zu Mexiko aufgefunden wurden, Hilfe und Schutz. Die unbegleiteten Minderjährigen reisten irregulär über die Grenzstadt Eagle Pass nach Texas ein und standen in Kontakt mit einem Onkel; als sie jedoch die US-Grenze überschritten, verlor der Verwandte den Kontakt, sodass er das Konsulat um Unterstützung bat. Nach Angaben des Familienmitglieds befinden sich die Eltern der Kinder an der mexikanischen Grenze, hatten zu ihren Kindern aber auch keinen Kontakt mehr. (La Hora)

Die vier Beschwerden gegen Richter Castellanos, die Laparra ins Gefängnis brachten

Guatemala, 5. April - Als Virginia Laparra Leiterin der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECI) in Quetzaltenango war, hat sie bei mindestens vier Gelegenheiten den Richter Lesther Castellanos angezeigt, weil er angeblich Informationen aus einer noch nicht rechtskräftig abgeschlossenen Untersuchung an Dritte weitergegeben und den Fall in den Medien publik gemacht hatte. Mit dem von Präsident Jimmy Morales erzwungenen Ausscheiden der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG) im Jahr 2019 und dem Entzug der institutionellen Unterstützung durch Consuelo Porras, Leiterin der Staatsanwaltschaft (MP), begannen die Staatsanwält*innen, die Teil der FECI waren, strafrechtlich verfolgt zu werden.

Einer dieser Fälle ist der von Laparra, die am 23. Februar 2022 unter übermässiger Anwendung von Polizeigewalt festgenommen wurde. Die ehemalige Staatsanwältin hatte am Tag vor ihrer Verhaftung eine Vorladung erhalten, doch der Richter Sergio René Mena vom Siebten Gerichtshof ordnete ihre Verhaftung bereits am Vortag an. Zu den Kläger*innen in dem Verfahren gegen Laparra gehören der Rechtsanwalt Omar Barrios, der für das Amt des Richters am Verfassungsgericht kandidierte, Richter Castellanos und die Aktiven der Stiftung gegen den Terrorismus, Ricardo Méndez Ruiz und Raúl Falla. Alle haben auch andere ehemalige FECI-Staatsanwält*innen und die ehemalige Leiterin der CICIG, Leily Santizo, angezeigt.

Was steckt hinter den Vorwürfen gegen Laparra?

Laparra wurde verhaftet, weil sie vier Anschuldigungen gegen den Richter von Quetzaltenango, Lesther Castellanos, erhoben hatte, weil dieser in einem noch nicht rechtskräftig abgeschlossenen Fall Informationen an den Anwalt Omar Barrios weitergab, der über den Fall berichtete und ihn in den Medien bekannt machte. Die ehemalige FECI-Staatsanwältin reichte die erste Beschwerde im November 2017 ein, woraufhin Richter Castellanos administrativ sanktioniert wurde.

Laut Laparras Anwältin, Claudia González, hat die damalige Leiterin der CICIG, Flor de María Gálvez, den Richter aus diesem Grund abgelehnt. Insgesamt wurden vier Verwaltungsbeschwerden eingereicht, eine davon, weil Castellanos am 13. Juli 2018, als er die Akte nicht mehr bearbeiten durfte, eine Kopie von Dokumenten und Tonaufnahmen beantragte, als das Verfahren bereits lief und die anderen Verfahrensbeteiligten noch nicht benachrichtigt worden waren. Laparras Verteidigung zufolge ist es nicht möglich, einen Verstoss gegen die Unabhängigkeit eines Richters geltend zu machen, der zum Zeitpunkt der Einreichung seiner Beschwerde keine Kenntnis von einem Fall hatte. Nach der Ausweisung der CICIG musste Gálvez zurücktreten, so dass nur noch Laparra übrig blieb, um die Beschwerdeführung weiterzuführen.

In einem dieser Fälle, in dem Laparra eine interne Beschwerde einlegte, ging es um den ehemaligen Fussballspieler René Villavicencio vom Verein Xelajú Mario Camposeco, der am 1. August 2016 unter dem Vorwurf der Erpressung verhaftet wurde. Bei einem anderen Fall handelt es sich um jenen gegen den ehemaligen Bürgermeister von Quetzaltenango, Jorge Rolando Barrientos Pellecer, der im September 2018 wegen Korruptionsdelikten in der Gemeinde verhaftet wurde. Beide Fälle hängen insofern miteinander zusammen, als Villavicencio ein Mitarbeiter im Rathaus unter Barrientos war. Nicht-öffentliche Erklärungen von Villavicencio zu Beweisanträgen gegen ihn gelangten aus Justizkreisen an Personen, die nicht an dem Verfahren beteiligt waren. Diese Unregelmässigkeit war einer der Gründe für die Anzeigen von Laparra gegen den Richter Castellanos.

Aufgrund dieser Situation zeigte der Richter wiederum Virginia Laparra bei der Staatsanwaltschaft für innere Angelegenheiten des MP an, die für Quetzaltenango zuständig ist. Zugleich wurde die Ex-Staatsanwältin auch in Guatemala-Stadt angezeigt, sodass es zwei Prozesse für dieselbe Tat gibt, erklärte Laparras Anwältin, Claudia González. (...)

Wichtige Anhörung im Fall Laparra verzögert sich, weil der Richter sich vom Fall zurückgezogen hat

Die ehemalige FECI-Staatsanwältin ist derzeit die einzige aus der Gruppe der im Februar verhafteten ehemaligen Staatsanwältinnen, die noch in Untersuchungshaft sitzt. Die ehemalige Leiterin der CICIG, Leily Santizo, und die ehemalige Staatsanwältin Eva Siomara Sosa wurden unter Auflagen wieder auf freien Fuss gesetzt, während ein Richter die Anzeigen gegen Allis Morán Mejía und Paola Escobar, die wegen Amtsmissbrauchs im Fall der parallelen Kommissionen inhaftiert waren, für unbegründet erklärte. Nach Angaben der Verteidigung befindet sich Laparra aus Sicherheitsgründen in einer Haftanstalt des Untersuchungsgefängnisses "Mariscal Zavala". Sie hat Anspruch auf zwei Besuche pro Woche und darf sich nur eine Stunde pro Tag draussen aufhalten. Diese Situation hat sich auf ihre Stimmung ausgewirkt, da sie von ihrer Familie und ihren Kindern getrennt ist.

Am Sonntag, den 3. April, erhielt sie Besuch vom Menschenrechtsbeauftragten Jordán Rodas, der sich von ihrer Situation in der Haftanstalt überzeugte. Über die PDH sandte Laparra eine Botschaft an die guatemalteckische Bevölkerung, in der sie auf die Unregelmässigkeiten der gegen sie erhobenen Klage hinwies (s.u.). (...)

Einen Tag später gab Richter Sergio René Mena bekannt, das Verfahren gegen Laparra nicht fortsetzen zu können, mit der Begründung, dass er wegen der Veröffentlichung des Briefes von den Medien unter Druck gesetzt worden sei. Für die Anwältin der Verteidigung, Wendy López, lässt die Entscheidung den Fall in der Schwebe und verzögert die für den 18. April angesetzte Zwischenanhörung. Bevor der Ausstieg des Richters aus dem Verfahren bekannt gegeben wurde,

äusserte Laparras Anwältin González ihre Befürchtung, dass sowohl Richter Mena als auch die Staatsanwaltschaft versuchen würden, die Anhörung zu verzögern, was mit dem Ausstieg Menas schliesslich auch geschah. Es muss nun ein*e neue*r Richter*in ernannt werden, der Laparras Fall verhandelt.

Die Anhörung entscheidet darüber, ob die ehemalige Staatsanwältin vor Gericht gestellt wird oder nicht. "Für uns ist es wichtig, dass sie ihre Freiheit wiedererlangt, denn wir haben dreimal darum gebeten, und die Argumente des Richters, ihr die Freiheit nicht zu gewähren, lauten, dass sie als Anwältin, Ärztin und Staatsanwältin die normale Entwicklung des Prozesses behindern könnte", sagte Laparras Anwältin, Claudia González.

Übrigens: Nach der Anzeige gegen Laparra ernannte der Kongress am 22. März mit 111 Stimmen den Richter Lester Castellanos zum Berichterstatter gegen Folter. (Prensa Comunitaria)

Brief aus dem Gefängnis Mariscal Zavala

Bis heute bin ich seit über einem Monat im Gefängnis, ich sehe nur einmal am Tag das Sonnenlicht. Ich wurde aus meinem Land, meinem schönen, geliebten und unvergleichlichen Quetzaltenango, weggerissen. Sie haben mich von meinem Zuhause, meiner Familie und meinen Freunden getrennt, sie haben mir meine Arbeit und meine Freiheit genommen.

Mein Verbrechen: Ich hatte den Mut, als Staatsanwältin bei der Staatsanwaltschaft Verwaltungsbeschwerde gegen einen Richter der ersten Strafinstanz für Gewaltkriminalität einzulegen.

Während meiner gesamten Laufbahn habe ich erlebt, wie Verwaltungsbeschwerden von Richter*innen gegen Staatsanwält*innen eingereicht wurden, z.B. hat derselbe Richter, den ich angezeigt habe, auch eine Beschwerde gegen mich eingereicht. Ist das ein Verbrechen? Ein Verbrechen von solcher Schwere, dass es Untersuchungshaft verdient? Es ist klar, dass sich die Umstände ändern, je nachdem, wer Akteur*in ist.

In dem gegen mich eingeleiteten Verfahren wurden zwei Fälle eröffnet, einer in Quetzaltenango und ein weiterer in Guatemala; der Fall in Quetzaltenango ist aus dem Jahr 2018 und der in Guatemala-Stadt aus dem Jahr 2019. In welchem Rechtsstaat werden verschiedene Fälle in verschiedenen Departements mit derselben Ministerialnummer eröffnet? Nur in der Nummer, die für mich angewandt wird.

Am Tag nach meiner Verhaftung war eine Anhörung vor dem siebten Gericht erster Instanz in Guatemala-Stadt angesetzt, demselben Gericht, das meine Verhaftung angeordnet hatte. Ich frage mich, warum das Gericht mir nicht erlaubt hat, zu der bereits anberaumten Anhörung zu erscheinen. Warum hat man mich einen Tag vorher sofort verhaften lassen? Der Fall, in dem ich festgenommen wurde, ist von 2019. Das neue Aktenzeichen der Staatsanwaltschaft, das sie in diesem Fall verwenden, ist von 2021. Ich frage mich, wie ein Richter die Kontrolle über ein Aktenzeichen der Staatsanwaltschaft übernehmen kann, als dieses noch gar nicht existierte?

Wenn die Staatsanwaltschaft meine Verhaftung beantragt, fragt der Richter, warum Verhaftung und nicht Vorladung? Die Antwort des Staatsanwalts lautet, er habe einen Befehl seines Chefs erhalten und es bestehe der Verdacht dass ich mich aus dem Staub machen könnte. Daraufhin ordnete der Richter die Festnahme an. So viele Verfahrensfehler (...) und ich durfte mich vor dem Richter gegen jene, die mich anzeigten, nicht verteidigen. (...) Und es gibt gegen mich zwei Verfahren aufgrund des gleichen Falles an zwei verschiedenen Orte! All das rechtfertigt weder eine Festnahme und noch viel weniger eine Untersuchungshaft.

In der ersten Erklärung weist der Richter bei der Anordnung meiner Untersuchungshaft darauf hin, dass ich, sollte er mich am nächsten Tag freilassen, viele Anträge stellen würde, und verweist dabei in einem spöttischen Ton auf meinen akademischen Grad eines Dr. in Strafrecht und Strafprozessrecht.

Ich bin jetzt seit mehr als einen Monat lang inhaftiert, weil:

1. ich eine Frau bin,
2. ich zur FECCI gehörte,
3. ich in den 4 Jahren, die dieser Prozess andauert, mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln versucht habe, die mir von Rechts wegen zustehende Intervention zu erhalten,
4. ich mein Recht auf Verteidigung wahrgenommen habe,
5. ich einen akademischen Doktorgrad habe,
6. ich eine Verwaltungsbeschwerde wegen einer illegalen Handlung eines Richters eingereicht habe, (...).

Es handelt sich um eine selektive und böswillige Diskriminierung und Kriminalisierung, die darauf abzielt, jede Möglichkeit auszuschliessen, dass eine Staatsanwältin es in Zukunft wagt, einen Richter anzuzeigen, also um Rache [*Hier soll das frauenfeindliche Element des Vorgehens gegen Laparra sprachlich betont werden, d.Red.*].

Unregelmässigkeiten in der Rechtsverwaltung anzuzeigen, ist ein Recht und eine Pflicht für alle Angestellten und/oder Beamt*innen und kein Verbrechen.

Zudem widerspricht es internationalem Recht, genauer den sog. Follow-up-Mechanismen zur Umsetzung des Interame-

rikanischen Abkommens gegen Korruption, das in einer seiner Empfehlungen festgelegt hat, dass Guatemala "Schutzmassnahmen für diejenigen ergreifen sollte, die Korruptionshandlungen anzeigen, die nicht als Straftaten eingestuft werden und Gegenstand von Verwaltungsuntersuchungen sein können", zusätzlich zu "Schutzmassnahmen, die nicht nur auf den Schutz der körperlichen Unversehrtheit der Beschwerdeführer*innen und ihrer Familie abzielen, sondern auch auf den Schutz von deren Arbeitssituation (...)"

So gesehen ist es klar, dass meine Position als Frau, meine Zugehörigkeit zur FECCI, die Ausübung meines heiligen Rechts auf Verteidigung, die Tatsache, dass ich nicht auf der Flucht bin und dass ich einen akademischen Abschluss habe, mich heute im Gefängnis halten.

Bis dann, mein geliebtes Guatemala!

Guatemala, 03. April 2022 *Dr. Lilian Virginia Laparra, ex-Leiterin der regionalen FECCI mit Sitz in Quetzaltenango*

40 Jahre Haft für Mord an zwei Journalisten

Guatemala, 31. März - Das Strafgericht von Suchitepéquez verhängte am 31. März eine 40-jährige Haftstrafe gegen Douglas Ariel Alegría Miranda für den Mord an den Journalisten Laurent Ángel Castillo Cifuentes und Luis Alfredo De León Miranda im Februar 2018. Castillo war Korrespondent für Nuestro Diario in der Gemeinde Coatepeque, Quetzaltenango, Luis Alfredo De León Miranda Publizist und Rundfunksprecher bei Radio Coatepec. Die beiden Journalisten waren am 28. Januar desselben Jahres nach Mazatenango gereist, um über die Karnevalsfeierlichkeiten zu berichten, kehrten aber nicht zurück. Sie wurden am 1. Februar auf der Farm Cristalina in der Gemeinde Santo Domingo, Suchitepéquez, gefunden.

Douglas Ariel Alegría Miranda, der des Mordes für schuldig befunden wurde, wurde am 25. Oktober 2019, 20 Monate nach dem Mord an den Journalisten, in einem Haus in Planes de Bárcenas, Gemeinde Villanueva, festgenommen.

Die Nationale Zivilpolizei (PNC) berichtete am Tag der Verhaftung von Alegría Miranda, dass in dem Haus auch eine Schusswaffe, drei Magazine und 45 Schuss Munition gefunden wurden, sowie sein Waffenschein. (Prensa Comunitaria)

MLP prangert diskriminierende Behandlung von Fraktionsmitarbeiter*innen an

Guatemala, 2. April - Am Freitagmorgen, dem 1. April, beklagten die Mitarbeiter*innen der Abgeordneten Vicenta Jerónimo von der Bewegung zur Befreiung der Völker (MLP), dass ihre Rechte als Arbeitnehmer*innen verletzt wurden, als sie das Büro der Parlamentsfraktion geschlossen vorfanden. Nach Angaben der MLP-Fraktion wurden sie vor etwa einem Monat über die Verlegung der Büros informiert, wobei ihnen weder das Datum der Verlegung noch die Gründe für die Änderung mitgeteilt wurden, da der Mietvertrag ausgelaufen war; die Verwaltung der Legislative hat sich jedoch nicht darum gekümmert, dass die neuen Büros in einem angemessenen Zustand sind. "Während andere Abgeordnete fünf oder sechs Büros haben, haben wir nur drei und das unter sehr schlechten Bedingungen, dabei hat der Abgeordnete die gleichen Rechte wie alle anderen Abgeordneten", berichtet die MLP-Fraktion.

Nach einer Überprüfung durch das Büro des Ombudsmannes für Menschenrechte (PDH) erfüllen die neuen Büros nicht die hygienischen und infrastrukturellen Bedingungen, um den Mitarbeiter*innen des Abgeordneten ein menschenwürdiges Arbeiten zu ermöglichen. Eine Mitarbeiterin der Fraktion brachte ihr Unbehagen zum Ausdruck, als sie sagte, dass sie bisher keinen anderen Raum hätten, in dem sie ihre Arbeit verrichten können. (Prensa Comunitaria)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnement: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6